

AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG

Abteilung 13

→ Umwelt und Raumordnung

Referat Wasser-, Abfall- und Umweltrecht

Bearb.: Mag. Elisabeth Forenbacher

Tel.: +43 (316) 877-4072 Fax: +43 (316) 877-3490 E-Mail: anlagenrecht@stmk.gv.at

Bei Antwortschreiben bitte Geschäftszeichen (GZ) anführen

Graz, am 25.10.2024

GZ: ABT13-257268/2024-5

Ggst.: lt. Verteiler, Wasserversorgungsanlage Marktgemeinde St. Michael i. O., 8770 St. Michael i.O., Hauptstraße 64, Genehmigungsverfahren, Anpassung Brunnenschutzgebiet, Brunnen Quellenweg, Kundmachung

Kundmachung

Mit Eingabe vom 14. Juli 2024 hat die Marktgemeinde St. Michael i.O. um die wasserrechtliche Bewilligung für die Änderung ihrer im Wasserbuch unter der Postzahl 11/807 eingetragenen Wasserversorgungsanlage durch Anpassung des Brunnenschutzgebietes des Brunnens "Quellenweg", auf Gst. Nr. 23/3, KG St. Michael, an den Stand der Technik, mit

- einer Schutzzone 1 (engeres Schutzgebiet) auf den Gst. Nr. 23/3, KG St. Michael und 87/3, KG Liesingthal mit einer Erstreckung auf rund 900 m² sowie
- einer Schutzzone 2 (weiteres Schutzgebiet) auf den Gts. 87/1 und 87/4, beide KG Liesingthal sowie 23/9 und 23/11, beide KG St. Michael mit einer Erstreckung von 22.623 m²

angesucht.

Zur Erhebung des Sachverhalts im Rahmen des behördlichen Ermittlungsverfahrens wird eine örtliche Erhebung und mündliche Verhandlung für

Mittwoch, den 20. November 2024

mit dem Zusammentritt bei der Marktgemeinde St. Michael i.O., Hauptstraße 64, 8770 St. Michael i.O.

8010 Graz ● Stempfergasse 7

Montag bis Freitag von 8:00 bis 12:30 Uhr und nach Terminvereinbarung
Öffentliche Verkehrsmittel: Straßenbahn/Buslinie(n) 1,3,4,5,6,7/30 Haltestelle Hauptplatz,Palais

Trauttmansdorf/Urania

https://datenschutz.stmk.gv.at ● UID ATU37001007

Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG: IBAN AT023800090004105201 ● BIC RZSTAT2G

um 9:00 Uhr

anberaumt.

Rechtsgrundlagen:

- ▶ §§ 40 bis 44 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 AVG, BGBl. Nr. 51, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 88/2023
- §§ 34 Abs. 1, 99 Abs. 1 lit. c und 107 Wasserrechtsgesetz 1959 WRG 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 73/2018

Verfahrensleiterin ist Mag. Elisabeth Forenbacher

Wasserbautechnischer Amtssachverständiger ist Dipl.-Ing. Wolfgang Schitter

Hydrogeologischer Amtssachverständiger ist Mag. Peter Reichl

Bitte beachten Sie!

Einwendungen müssen spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Wasserrechtsbehörde (Amt der Stmk. Landesregierung, Abteilung 13, Stempfergasse 7, 8010 Graz, E-Mail: abteilung13@stmk.gv.at) schriftlich während der Amtsstunden (Montag – Donnerstag von 08:00 bis 15:00 Uhr, Freitag von 8:00 – 12:30 Uhr) oder während der Verhandlung mündlich vorgebracht werden. Verspätete Einwendungen können nicht berücksichtigt werden. Unterlassene und verspätete Einwendungen haben den Verlust der Parteistellung zur Folge.

Wenn Sie jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert waren, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und Sie kein Verschulden oder nur ein minderer Grad des Versehens trifft, können Sie binnen zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses, das Sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Bitte beachten Sie, dass eine längere Ortsabwesenheit kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis darstellt.

Unabhängig von allfälligen Einwendungen wird durch die Wasserrechtsbehörde geprüft, ob das Vorhaben öffentliche Interessen oder Rechte Dritter nachteilig berührt.

Bei geringfügigen Grundinanspruchnahmen durch Leitungsführungen werden die erforderlichen Dienstbarkeiten des Leitungsrechtes eingeräumt, sofern nicht Einwendungen erhoben werden.

An der Verhandlung teilnehmende Vertreter beteiligter Stellen oder Personen haben sich rechtzeitig mit den erforderlichen Weisungen und Ermächtigungen zu versehen, um bindende Erklärungen bei der mündlichen Verhandlung abgeben zu können. Etwaige Vorbehalte hinsichtlich nachträglicher Erklärungen können gemäß den oben angeführten Bestimmungen nicht berücksichtigt werden. Eine schriftliche Vollmacht ist nicht erforderlich,

- wenn Sie sich durch eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person (z.B. einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin, einen Notar/eine Notarin, einen Wirtschaftstreuhänder/eine Wirtschaftstreuhänderin oder einen Ziviltechniker/eine Ziviltechnikerin) vertreten lassen,
- wenn Sie sich durch uns bekannte Angehörige (§ 36a des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 AVG), Haushaltsangehörige, Angestellte oder durch uns bekannte Funktionäre/Funktionärinnen von Organisationen vertreten lassen und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht oder
- wenn Sie gemeinsam mit Ihrem/Ihrer Bevollmächtigten zur Verhandlung kommen.

Die für das Verfahren eingereichten Pläne und sonstigen Behelfe liegen bis zum Tage vor der örtlichen Erhebung bei der Abteilung 13, Stempfergasse 7, 8011 Graz, und beim Gemeindeamt St. Michael i.O. zur allgemeinen Einsicht auf.

Für den Landeshauptmann Die Abteilungsleiterin-Stellvertreterin i.V.

Mag. Elisabeth Forenbacher (elektronisch gefertigt)